

## VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Donnerstag, dem 27. März 2008, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

### Gemeinderatssitzung

#### Anwesend:

|               |      |           |            |
|---------------|------|-----------|------------|
| Bürgermeister |      | Kurt      | LENTSCH    |
| Stadtrat      |      | Emmerich  | HAIDER     |
| Stadtrat      |      | Franz     | RITTSTEUER |
| Stadtrat      |      | Stefan    | KAST       |
| Stadträtin    |      | Eva       | STEINDL    |
| Stadträtin    |      | Elisabeth | BÖHM       |
| Gemeinderat   | Ing. | Josef     | HAIDER     |
| Gemeinderat   |      | Michael   | KAST       |
| Gemeinderat   | DI.  | Thomas    | HALBRITTER |
| Gemeinderat   | Ing. | Heinz     | FEIGL      |
| Gemeinderat   | Ing. | Viktor    | HORVATH    |
| Gemeinderätin |      | Birgit    | PECK       |
| Gemeinderat   |      | Josef     | FEKETE     |
| Gemeinderat   | Ing. | Franz     | HESS       |
| Gemeinderat   |      | Johannes  | MIKULA     |
| Gemeinderat   |      | Georg     | STEINER    |
| Gemeinderätin |      | Gabriele  | VOGRIN     |
| Gemeinderat   |      | Kurt      | KALINA     |
| Gemeinderätin |      | Heike     | DOVITS     |
| Gemeinderat   |      | Karl      | PANNER     |
| Gemeinderat   | DI.  | Gottfried | HAIDER     |
| Gemeinderat   | DI.  | Berthold  | DORFNER    |
| Gemeinderätin | Mag. | Alexandra | FISCHBACH  |
| Schriftführer |      | Franz     | RENGHOFER  |

#### Abwesend und entschuldigt:

|                     |  |        |           |
|---------------------|--|--------|-----------|
| Vizebürgermeisterin |  | Monika | RUPP      |
| Gemeinderätin       |  | Emma   | HITZINGER |

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlußfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Vor Eingang in die Tagesordnung stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag, als zusätzlichen Punkt „STRASSENABTRETUNGSURKUNDE Kaserne (Ehrengruber, MIGRA, ARWAG, NE) und Übernahme ins Öffentliche Gut“ in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Gegen die Tagesordnung werden ansonsten keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Feigl, Dovits, Fischbach und Gottfried Haider bestimmt.

### **T a g e s o r d n u n g :**

#### **Punkt 1)**

#### **RECHNUNGSABSCHLUSS 2007**

Bürgermeister Lentsch ersucht Stadtrat Rittsteuer um dessen Ausführungen zum Rechnungsabschluss 2007. Stadtrat Rittsteuer führt aus, dass die Auflage des Rechnungsabschlusses 2007 ordnungsgemäß kundgemacht war. Er ruft gleich zu Beginn seinen Bericht zum Voranschlag 2008 in Erinnerung, wo er von den größeren Investitionen im Rahmen der infrastrukturellen Verbesserung in der Stadt wie Straßenbau, Erweiterung der Straßenbeleuchtung und der Gemeindekanalisation sprach. Diese Maßnahmen seien ganz einfach wegen des laufenden starken Bevölkerungszuwachses notwendig und daher eine größere Belastung für den Gemeindehaushalt. Im Rechnungsabschluss 2007 scheinen folgende Posten bei den Ausgaben auf, welche erwähnenswert sind: Der Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr schlug sich mit € 374.340,20 zu Buche, wobei hier eine Landesförderung von € 93.000,-- zu verzeichnen ist. Weiters wurden in neue Motorsirenen und Hydranten € 11.822,40 bzw. € 4.392,-- investiert. Für Sanierungsarbeiten bzw. Ankauf von notwendigen Lehrmitteln in Schulen und Kindergärten wurden insgesamt etwa € 72.000,-- ausgegeben. Diverse Kunst- und Kulturvereine wurden von der Gemeinde im abgelaufenen Jahr mit € 54.958,37 gefördert. Beim Altenwohn- und Pflegeheim waren an Miete für die Einrichtung € 90.043,25 und für den Pachtzins € 275.046,51, insgesamt also € 365.089,76 zu verzeichnen. Die Kosten für Anrufsammeltaxi und Stadtbuss beliefen sich im abgelaufenen Jahr auf € 147.115,85. An Miete für den Bauhof hatte die Gemeinde an die Freizeitbetriebe € 283.313,20 zu überweisen und die Schulkostenbeiträge an das Land Burgenland und Berufsschulen in anderen Bundesländern betragen im Jahr 2007 218.248,82. Auf der Einnahmenseite wurden aus der Parkraumbewirtschaftung einschließlich Strafgeldern € 212.029,30 erzielt, Schulkosten von anderen Gemeinden betragen € 307.228,02 für die Sporthauptschule und € 85.289,26 für die Polytechnische Schule. Die Beiträge bei den Kindergärten lagen bei € 181.522,85, der Personalkostenzuschuss des Landes für die Kindergärtnerinnen betrug € 342.255,63. Bei der Abwasserbeseitigung wurden an Kanalanschlussgebühren € 202.735,14 und an Kanalbenützungsgebühren € 1,231.619,34 als Einnahmen verzeichnet. Bei sonstigen Gemeindeabgaben schlägt sich die Kommunalsteuer mit € 1,815.756,06 zu Buche,

während an „Grundsteuer A“ € 24.719,21 und an „Grundsteuer B“ € 442.519,27 eingenommen wurden. Ein wesentlicher Posten bei den Einnahmen im Ordentlichen Haushalt waren auch die Ertragsanteile mit € 1,710.986,40 (brutto € 3,376.391,53).

Im Außerordentlichen Haushalt lagen die wesentlichsten Punkte beim Straßenbau, Fertigstellung der Sportanlage und beim Kanalbau. Nach diesen Ausführungen wird noch vor der Abstimmung über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2007 und der Vermögensrechnung eine Diskussion über den Rechnungsabschluss geführt. Als Erste meldet sich Stadträtin Steindl zu Wort und weist auf den sehr hohen Schuldenstand der Stadt hin. Dem stehen aber extrem hohe Außenstände bei den Abgabeforderungen gegenüber, was für sie nur schwer nachvollziehbar ist, da es sich immerhin um einen Betrag von € 1,8 Millionen handelt. Darüber hinaus stehen offene Verbindlichkeiten bei den Freizeitbetrieben mit € 2,5 Millionen zu Buche. Es dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die diversen Leasingverträge für Straßenbeleuchtung, Altenwohn- und Pflegeheim, der Kindergarten und weitere ebenfalls eine extrem hohe Belastung für die Gemeinde darstellen. Sie regt weiters an, ein eigenes Konto für die Dienstfahrzeuge der Beamten anzulegen. Diesen Vorschlag lehnt Bürgermeister Lentsch jedoch ab. Ihre Anmerkung über Repräsentationskosten in der Höhe von € 19.000,-- , wo sie diverse Verschiebungen auf andere Konten vermutet und den Gesamtbetrag auf € 40.000,-- schätzt, entkräftet der Bürgermeister dahin gehend, dass auch diverse Inserate in Zeitungen bei den Repräsentationskosten verbucht ist, was aber eher wirtschaftspolitische Gründe hat und daher mit tatsächlichen Repräsentationskosten nichts zu tun hat. Für ihn persönlich sind fast keine Kosten für Repräsentationen vorhanden. Stadträtin Steindl betont weiters, dass nach wie vor Altlasten vorhanden sind, welche zu erledigen sie längst erwartet hätte. Man jongliert zwischen Freizeitbetrieben und Stadtgemeinde Neusiedl am See nach Herzenslust, was nach ihrem Dafürhalten verwirrend und teilweise nicht nachvollziehbar ist. Ein zentraler Punkt ihrer Kritik ist die Tatsache, dass Ausgaben und Einnahmen beim Ordentlichen Haushalt mittlerweile auf € 15 Millionen angestiegen sind, während vergleichsweise in den Jahren zwischen 2004 bis 2006 Summen zwischen € 11 Millionen bzw. € 12 Millionen aufschienen. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind daher auf keinen Fall gegeben. Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass es zwei wesentliche Punkte zu berücksichtigen gibt, welche hier ebenfalls zum Tragen kommen. Zum einen die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH, wo die Gemeinde 75 % hält und zu 25 % vom Tourismusverband gehalten wird. Hier stehen noch etwa € 11 Millionen an Bankverbindlichkeiten zu Buche, was sich ebenfalls im Rechnungsabschluss auswirkt. Zum anderen steht die KG mit € 605.000,-- an Bankverbindlichkeiten ebenfalls als Belastung für die Gemeinde. Nicht berücksichtigt sind aber in beiden Fällen die Vermögenswerte der beiden Gesellschaften, die um ein Vielfaches höher als die Bankverbindlichkeiten sind. Stadträtin Steindl bemerkt abschließend, dass sie auch positive Aspekte erkennen kann. So begrüßt sie zum Beispiel das geplante zentrale Controlling. Dies sei ausgezeichnet und man sieht verstärkt den Versuch, mehr Transparenz bei den Kosten zu erzielen. Auch der zentrale Einkauf wird sich für die Gemeinde positiv auswirken. Diese Maßnahmen sind nach ihrem Dafürhalten noch immer nicht ausreichend, aber ein guter Ansatz in die richtige Richtung. Bürgermeister Lentsch begrüßt es, dass auch die Opposition positive Aspekte in der Arbeit der Gemeinde sieht und dass sich einige Gemeinderäte doch mit der Materie

„Gemeindefinanzen“ auseinandersetzen. Das vorhin angesprochene Controlling ist für ihn persönlich ebenfalls sehr wichtig, da nicht nur mehr Übersicht, sondern sich damit auch ein Einsparungspotential eröffnet. Bezüglich der Gesellschaften weist Bürgermeister Lentsch darauf hin, dass die Gründung von solchen Gesellschaften im Finanzierungshandbuch des Landes Burgenland vorgeschlagen wird. Er weist auch darauf hin, dass sowohl beim Land als auch beim Bund die gleiche Vorgangsweise aus „Maastricht-Gründen“ gewählt wird. GR Fischbach kritisiert, dass erst im November der Nachtragsvoranschlag beschlossen wurde und jetzt trotzdem wieder große Abweichungen vorhanden sind. Sie sieht nicht ein, dass hohe Beträge an Gemeindeabgaben und Erträge aus Vermietung und Verpachtung nach wie vor als Außenstände zu verzeichnen sind. Beim Beschaffungswesen spricht sie sich ebenfalls für den Einkauf bei regionalen Betrieben ein, ohne jedoch die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit außer Acht zu lassen. GR Gottfried Haider fragt an, warum bei den Ertragsanteilen nur 50 % überwiesen wurden. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass es sich um Brutto - Ertragsanteile handelt, von welchen sich das Land automatisch die Beiträge für Landesstraßen, Berufsschulen und soziale Einrichtungen nach dem Behinderten - bzw. Sozialhilfegesetz und auch Landesumlage einbehält. Er erklärt weiters, dass die Gemeinde einerseits wegen ihrer Schulden medial geprügelt wird, andererseits aber nimmt uns das Land - weil Neusiedl am See einer derart gute Entwicklung hat - auch entsprechend viel Geld weg. Nach dieser ausführlichen Diskussion wird über Antrag von Stadtrat Rittsteuer über den Rechnungsabschluss 2007 mit folgenden Ergebnissen abgestimmt:

ORDENTLICHER HAUSHALT :

|                  |                 |
|------------------|-----------------|
| SOLL - EINNahmen | € 15.285.114,28 |
| SOLL - AUSGABEN  | € 15.888.314,06 |

|                   |              |
|-------------------|--------------|
| Das ergibt einen  |              |
| SOLL - ABGANG von | € 603.199,78 |

AUSSERORDENTLICHER HAUSHALT :

|                  |                |
|------------------|----------------|
| SOLL - EINNahmen | € 6.424.925,62 |
| SOLL - AUSGABEN  | € 7.565.468,97 |

|                   |                |
|-------------------|----------------|
| Das ergibt einen  |                |
| SOLL - ABGANG von | € 1.140.543,35 |

Neben dem Rechnungsabschluss wird auch über die Vermögensrechnung abgestimmt. Diese ergab für das Jahr 2007 ein

|                    |                               |
|--------------------|-------------------------------|
| AKTIVVERMÖGEN von  | € 44.959.725,86 und ein       |
| PASSIVVERMÖGEN von | € 22.481.516,22 und somit ein |

|                  |                 |
|------------------|-----------------|
| REINVERMÖGEN von | € 22.478.209,64 |
|------------------|-----------------|

Für die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2007 und die Vermögensrechnung stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch und die Stadträte Emmerich Haider, Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath und Fekete. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

### **Punkt 2)**

#### **Aufhebung der Kurzparkzonenverordnungen vom 19.12.2007 und 21.2.2008**

Nach einer kurzen Erklärung von Bürgermeister Lentsch wird über Antrag von Stadtrat Rittsteuer der Beschluss gefasst, die beiden Verordnungen vom 19.12.2007 und 21.2.2008 über die Einhebung einer Kurzparkzonengebühr aufzuheben. Für diesen Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch und die Stadträte Emmerich Haider, Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath und Fekete, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner.

### **Punkt 3)**

#### **Verordnung Kurzparkzonengebühr**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt Stadtrat Rittsteuer, dass die neuerliche Beschlussfassung für eine Verordnung zur Einhebung einer Kurzparkzonengebühr erforderlich ist, da zwischen den Gebühren bei den Parkscheinautomaten und den Parkscheinen eine preisliche Diskrepanz vorlag. Nunmehr soll verordnet werden, dass im unverändert gebliebenen Bereich der gebührenpflichtigen Zonen in Neusiedl am See die Gebühr € 0,40 für eine Parkdauer von 32 Minuten beim Kauf eines Automatenparkscheines zu bezahlen ist. Für jede weiteren 8 Minuten wird eine Gebühr von € 0,10 zu bezahlen sein. Für Vorverkaufsparkscheine ist für die Parkdauer von 30 Minuten eine Gebühr von € 0,37 zu entrichten. Zur Kritik von GR Fischbach wegen der divergierenden Abgabenhöhen wird vom Vorsitzenden bemerkt, dass es eine genaue Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde gegeben hat, wodurch es jetzt zu einer Anpassung von Parkscheinen und Automatenparkscheinen gekommen ist, um eine Kostengleichheit zu gewährleisten. Nach dieser Diskussion wird über Antrag von Stadtrat Rittsteuer der Beschluss gefasst, die beiliegende Verordnung über die Einhebung von Kurzparkzonengebühren zu genehmigen. Für diesen Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch und die Stadträte Emmerich Haider, Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath und Fekete und die GRÜNE Gemeinderätin Fischbach. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner, der GRÜNE Gemeinderat Dorfner und der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

#### **Punkt 4)**

##### **Aufhebung der Verordnung betreffend Wasserleitungsabgabe und Wasserbezugsgebühren**

Bürgermeister Lentsch erklärt, dass die Gemeinde davon ausgegangen ist, diese Verordnungen einfach nicht mehr zu beschließen, da es eine Änderung des Wasserleitungsabgabengesetzes und Wasserbezugsgebührengesetzes im Bgld. Landtag gegeben hat und dass damit den gesetzlichen Erfordernissen Genüge getan sei. Die Aufsichtsbehörde hat der Gemeinde jedoch aufgetragen, diese beiden Verordnungen aufzuheben. Mit sofortiger Wirkung werden die Vorschriften direkt und auch im Namen des Wasserleitungsverbandes getätigt. Nach dieser Erklärung wird über Antrag von Stadtrat Rittsteuer der Beschluss gefasst, die Verordnungen über die Einhebung einer Wasserbezugsgebühr und einer Wasserleitungsabgabe aufzuheben. Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch und die Stadträte Emmerich Haider, Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath und Fekete, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner.

#### **Punkt 5)**

##### **Verordnung über die Einhebung der Kanalanschlussgebühren**

Bürgermeister Lentsch erklärt, dass die ursprünglich erlassene Verordnung mit einem Betrag von € 9,45 nicht richtig ist und daher der Betrag von € 9,44 neuerlich zu beschließen ist. Stadträtin Steindl kritisiert, dass der Eindruck entstehe, es würden zum ersten Mal Verordnungen beschlossen und man die Kritik der Aufsichtsbehörde einfach nicht ernst nehme. Weiters regt sie an, nach dem Muster der Stadtgemeinde Mattersburg die wesentlichsten Unterlagen für die Gemeinderatssitzungen allen Fraktionen in Kopie rechtzeitig vor der Sitzung zu überlassen. GR Dorfner teilt die Meinung von Stadträtin Steindl und findet es nicht gut, dass man sich nicht ordentlich vorbereiten kann. Bürgermeister Lentsch bemerkt, dass man die Verordnung neuerlich zu beschließen habe, um eben der Aufforderung der Gemeindeabteilung nachzukommen. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von Stadtrat Rittsteuer der Beschluss gefasst, die Verordnung über die Einhebung einer Kanalanschlussgebühr, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist, zu genehmigen. Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch und die Stadträte Emmerich Haider, Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath und Fekete, die GRÜNE Gemeinderätin Fischbach und der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner sowie der GRÜNE Gemeinderat Dorfner.

#### **Punkt 6)**

##### **Vergabe Darlehen Ortskanalisation BA 24**

Bürgermeister Lentsch erklärt, dass es eigentlich BA 22 heißen muss, aber in den Ausschreibungsunterlagen dieser Schreibfehler passiert ist. GR Gottfried Haider kritisiert, dass es zwar eine Ausschreibung für die Darlehensvergabe, nicht aber für die

Arbeiten selbst gibt. Dem entgegnet Bürgermeister Lentsch, dass es sehr wohl auch eine Ausschreibung für die Erd- und Baumeisterarbeiten für diesen Bauabschnitt zur Erweiterung der Ortskanalisation gegeben hat und hier der Bestbieter den Auftrag erhalten wird. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von GR Halbritter der einstimmige Beschluss gefasst, die BA - CA als Bestbieter mit einem Aufschlag von 0,044 % bei einem variablen 6 - Monats - Euribor bei einer Darlehenssumme von € 1,400.000,-- zu beauftragen. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre. Die Rückzahlung erfolgt in gleichen Halbjahresraten. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt : Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach und Gottfried Haider.

#### **Punkt 7)**

##### **Vergabe Darlehen Hochwasserschutz - Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur Neusiedl am See KEG**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt GR Halbritter, dass eine Zwischen- bzw. Vorfinanzierung durch die KEG mittels dieses Darlehens erforderlich ist, da die zugesagten Fördergelder erst in Raten fließen werden. Es erfolgte ebenso eine Ausschreibung wie beim voran gegangenen Tagesordnungspunkt. Bestbieter war wie beim Darlehen für die Erweiterung der Gemeindekanalanlage wieder die BA CA mit einem Aufschlag von 0,044 % bei einem variablen 6 Monats - Euribor bei einer Darlehenssumme von € 1,800.000,--. Die Laufzeit des Darlehens beträgt 20 Jahre bei 40 Halbjahresraten. Diese Garantie erlischt 30.11.2029. Der Antrag von GR Halbritter, die KEG zu beauftragen und die Haftung durch die Gemeinde zu übernehmen wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt : Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach und Gottfried Haider.

#### **Punkt 8)**

##### **Wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt**

#### **Punkt 9)**

##### **Bericht Ergebnisse „ Runder Tisch „**

Bürgermeister Lentsch weist auf den Beschluss des Gemeinderates hin, keinen Bescheid in der gegenständlichen Angelegenheit zu erlassen, um die Möglichkeit aller Fakten zu prüfen. Es sollte die eventuelle Belastung durch den Masten und einige weitere Fakten analysiert werden. Bei den so genannten „Runden Tischen“, zu denen der Umweltschutz, ein Mobilfunk-Mediator der NÖ Umweltschutzschienschaft, ein anerkannter Umweltmediziner, Vertreter aller Fraktionen, die Vertreter der Interessentengemeinschaften sowie Vertreter der Betreiber anwesend waren, wurden alle Sorgen und Bedenken der Anrainer in die Beratungen und Diskussionen mit einbezogen. Es wurden auch Messungen durch die Funküberwachung, das ist eine Behörde die die Belastungen durch alle Funkfrequenzen auf Einhaltung der

Grenzwerte getestet, und Messungen des TÜV vorgenommen bzw. Umweltmediziner konsultiert, welche keinerlei relevanten Belastungen konstatieren konnten. Die empfohlenen Werte bleiben bei weitem unterschritten. Der Umweltmediziner stellt fest:

Für sämtliche überprüften Standorte in den Bereichen Untere Hauptstraße, Seegärten, Schlachthausgasse u.a gilt, dass die Messungen eine Strahlung weit unter normativ festgesetzten „Grenzwerten“ und auch deutlich unterhalb des vorsorgemedizinischen Zielwertes für Planungen von Mobilfunkanlagen liegen. Ein Gesundheitsrisiko ist somit nicht zu erwarten.“

Der Gemeinderat ist verpflichtet, einen Bescheid zu erlassen, da ansonsten die Gemeinderäte einen strafrechtlich zu ahndenden Amtsmissbrauch begehen würde. In weiterer Folge würde der Verwaltungsgerichtshof eine Entscheidung in der Sache selbst treffen, dies sei sicher eine Zustimmung und der Gemeinde würden nur Kosten entstehen. GR Fischbach erinnert, dass es bereits zahlreiche Gemeinden mit fixen Messpunkten gibt und regt an, solche auch in unserer Gemeinde zu installieren. Dazu bemerkt Bürgermeister Lentsch, dass in Neusiedl am See 6 solche Punkte vorgesehen sind, wobei die Mobilfunkbetreiber die Hälfte der Kosten davon zu bezahlen hätten. Stadtrat Stefan Kast regt an, vorher das Umweltministerium die Funküberwachung zu kontaktieren, die einem Bundesministerium untersteht, wo ebenfalls kostenlose Messungen angeboten werden die sowieso eine Überwachung sichern müssen.

#### **Punkt 10)**

#### **Mobilkom Austria - neuerliche Entscheidung über die Erteilung einer baubehördlichen Bewilligung**

Bürgermeister Lentsch erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt den Sitzungssaal. Er nimmt weder an den Beratungen noch an der Beschlussfassung teil. Vorher übergibt er dem an Jahren ältesten Vorstandsmitglied, Stadtrat Rittsteuer, den Vorsitz, da auch Vizebürgermeisterin Rupp nicht anwesend ist. Stadtrat Rittsteuer ersucht Stadtrat Stefan Kast um dessen Ausführungen in der gegenständlichen Angelegenheit. Stadtrat Kast erinnert den Gemeinderat an die Ergebnisse der „ Runden Tische „ sowie an den Beschluss des Gemeinderates vom 11.7.2007 bezüglich des Mobilfunkpaktes, der vom Land Burgenland und den Mobilbetreibern paktiert wurde. Daran sollten sich eigentlich alle Gemeinderatsmitglieder halten. Es wurde auch nach alternativen Standorten gesucht. Es kann aus technischen Gründen kein Mast außerhalb des Ortsgebietes errichtet werden, da es dabei zu keiner entsprechenden Versorgung kommen kann. Es wurde auch die betroffene Bevölkerung in die Beratungen eingebunden und im Zuge des „ Runden Tisches „ wurden auch Fotomontagen angefertigt, um das Ortsbild nach Errichtung des Funkmastes dazustellen. Es gibt kaum Gemeinden wie Neusiedl am See, die derartige Themen entsprechend sensibel behandelt. Er weist auf alle aufgezeigten Fakten hin, welche bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt erörtert wurden ( Stellungnahme des

Umweltmediziners Dr. Hutter, welcher alle Bedenken auf Grund der niedrigen Messwerte zerstreute und Bericht des TÜV, welcher ebenfalls unbedenklich ist ).

Er weist weiters auf die rechtliche Verantwortung des Bürgermeisters hin, welcher sich im Falle von Untätigkeit strafbar machen würde. Weiters betont Stadtrat Kast den Inhalt des Mobilfunkpaktes, welcher sowohl von allen Betreiberfirmen als auch von der Gemeinde selbst unterzeichnet wurde. Im gegenständlichen Fall hat der Gemeinderat



der Stadtgemeinde Neusiedl am See nach Aufforderung des Verwaltungsgerichtshofes eine Entscheidung zu treffen, widrigenfalls dieser in der Sache selbst entscheidet und die Gemeinde sämtliche Kosten für das Verfahren zu tragen hat. Die Entscheidungsgewalt ist auf den Gemeinderat übergegangen, da die Baubehörde I. Instanz innerhalb der gesetzlichen Frist keine Entscheidung getroffen hat. Nach diesen Ausführungen stellt Stadtrat Stefan Kast den Antrag, die baubehördliche Bewilligung zur Errichtung eines Sendemastes für Mobilkom Austria auf dem Grundstück 5668/1, Schlachthausgasse, KG. Neusiedl am See zu erteilen. Gleichzeitig sollen alle diesbezüglich gefassten Gemeinderatsbeschlüsse aufgehoben werden. Nach diesem Antrag meldet sich GR Vogrin zu Wort und bemerkt, dass es zwar der Richtigkeit entspreche, dass die Messwerte weit unter der Bedenklichkeitsgrenze liegen, aber wer kann garantieren, ob diese später nicht doch über den Grenzwert steigen würden. Auch für das Ortsbild selbst wird dieser Sendemast sicher keine Bereicherung sein, sondern stellt eher eine grobe Störung dar. Und darüber hinaus werden die umliegenden Grundstücke entsprechend entwertet. Sie könnte sich gut vorstellen, dass die betroffenen Anrainer zumindest kleine Vorteile aus dieser Maßnahme und aus der zweifelsfrei gegebenen Abwertung ihrer Grundstücke ziehen sollten. Dazu gibt es sogar oberstgerichtliche Entscheidungen. Der subjektive Eindruck und das subjektive Gefühl der Betroffenen sei auf jeden Fall da. GR Gottfried Haider kritisiert den Standort, welcher nach seinem Dafürhalten aus mehreren Gründen ungeeignet erscheint. GR Halbritter erklärt, dass der geplante Sendemast in der Schlachthausgasse auf keinen Fall den Verkehr behindern wird, da der Mast selbst und der dazu gehörende Container auf einem von der Verkehrsfläche getrennten Grundstück stehen und die gesamte Verkehrssituation dadurch nicht beeinträchtigt werden wird. GR Fischbach bemerkt, dass sicher weitere Messungen erforderlich sein werden. Es sind auch zahlreiche Eigentümer von angrenzenden Grundstücken gegen die Realisierung am geplanten Standort. Es hat sicher zahlreiche Versuche gegeben, einen geeigneten Standort zu finden. Der Widerstand sei aber sicher an allen anderen Standorten ebenfalls gleich groß, da jeder eine entsprechende Wertminderung seines Grundstückes zu befürchten hat. Abschließend betont sie, dass entsprechende Alternativen forciert werden müssten. Stadtrat Kast entgegnet diesen Bedenken, dass in diesem Fall die Gemeinde eine bessere Kontrolle hat, da sich der Mast auf einem gemeindeeigenen Grundstück befinden wird. Weiters hat sich die Gemeinde auf die vorliegenden Gutachten und Expertenmeinungen zu verlassen. Nach langen Diskussionen und Recherchen sind nur die beiden erwähnten Standorte übrig geblieben. Alle anderen kommen dafür nicht in Frage. GR Dorfner sieht die Expertenmeinungen ebenfalls als extrem wichtig, man sollte sich aber nicht ausschließlich darauf stützen. Stadträtin Steindl weist auf mehr als 150 Unterschriften gegen den geplanten Handymasten hin und sieht nicht ein, dass man diesen jemandem einfach vor die Nase knallt. Nach diesen ausführlichen Wortmeldungen meldet sich Stadtrat Kast erneut zu Wort und erklärt abschließend, dass es sich um eine äußerst unangenehme Situation handelt, die Gemeinde aber trotzdem verpflichtet sei, eine Entscheidung zu treffen. Abschließend stellt er erneut den Antrag, die baubehördliche Bewilligung für die Errichtung eines Handymastes in der Schlachthausgasse, Grundstück 5668/1 zu erteilen. Bei der Abstimmung waren mit Ausnahme von Bürgermeister Lentsch, welcher weder an den Beratungen noch an der Beschlussfassung teilnimmt, im Sitzungssaal anwesend. Für diesen Antrag stimmen die 11 ÖVP Gemeinderäte, das sind die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast

Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath, Fekete. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Nachdem es bei dieser Abstimmung Stimmengleichheit gibt, entscheidet die Meinung des Vorsitzenden, welcher für die Erteilung der baubehördlichen Bewilligung gestimmt hat.

#### **Punkt 11)**

##### **Optionsvertrag Segelhafen West**

Bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Bürgermeister Lentsch wieder den Vorsitz und weist auf den Vertragsentwurf hin, welcher bereits bei der letzten Sitzung besprochen, jedoch nicht beschlossen wurde, da dieser zu kurzfristig vorgelegt wurde. Ein Punkt dieses Vertrages musste geändert werden, da der Kaufpreis ein anderer war. Es wurde eine Kaufpreiserhöhung auf € 3.800.000,-- vereinbart. Alles, was mit der Freizeitbetriebe GmbH vereinbart wurde, soll umgesetzt und erledigt werden. Darunter fällt auch die Bebauung im Bereich „Segelhafen West“ in der vorliegenden Form. Mit diesem Beschluss soll die Freizeitbetriebe GmbH beauftragt werden, sowohl den Options- als auch den Kaufvertrag zu unterfertigen und damit den Interessenten der Segelhafen West Projektentwicklungs GmbH die Chance zu geben, ein Jahr lang die Durchführung dieses Projektes zu betreiben und alle erforderlichen Bewilligungen zu erlangen. Die Flächen sind als Bauland gewidmet und ein Teil davon soll als Parkfläche gewidmet werden. Er hofft, dass in den nächsten Tagen auch eine Erledigung im Grundbuch erzielt werden kann. Danach stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag, gemäß den in den Verhandlungen erzielten Ergebnissen die Zustimmung zu erteilen und den Geschäftsführer der Freizeitbetriebe GmbH mit der Unterfertigung der Verträge zu beauftragen. GR Dorfner möchte zwei Punkte anmerken, nämlich dass eine öffentlicher und barrierefreier Zugang zu gewährleisten sei. Auch sah er den Kaufpreis so dass die Freizeitbetriebe GmbH 3.800.000,-- und die Stadtgemeinde zusätzlich 12.660,-- erhalten soll. Diese Punkte sieht auch der Vorsitzende durchaus positiv und nimmt ihn in den Antrag auf. Eine weitere Anfrage betreffend Kaufpreis erledigt sich von selbst, da dies ausführlich im Kaufvertrag geregelt ist.

Stadträtin Steindl bemerkt, dass sich ihre Fraktion mit diesem Projekt länger beschäftigt hat und es eine Überlegung gegeben hat, dass beim Erwerb eines Grundstückes durch einen Privaten ein entsprechend hoher Kaufpreis erzielt wird, da sowohl die Kosten für Baggerung, Kanäle und sonstige Aufschließungen diesen Kaufpreis in seiner Höhe voll rechtfertigen. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der einstimmige Beschluss gefasst, den gegenständlichen Optionsvertrag samt Kaufvertrag zu genehmigen.

Der gesamte Kaufpreis beträgt € 3,800.000,--, wobei € 3,787.346,-- an die Freizeitbetriebe GmbH und € 12.660,-- an die Stadtgemeinde überwiesen werden. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach und Gottfried Haider.

## **Punkt 12)**

### **Bericht PIER**

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass man besonders kurzfristig begonnen hat, das Projekt umzusetzen. Es war diese kurze Frist vom Land Burgenland und der EU vorgegeben, weshalb nicht viel Spielraum geblieben ist. Es wurde nach Abstimmung mit den zuständigen Behörden mit den Bauarbeiten begonnen. Ein entsprechend breiter Kanal vom Hallenbad bis unmittelbar vor den Radweg wurde bereits relativ weit vorangetrieben. Das Projekt soll innerhalb einer gewissen Toleranzfrist fertig gestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf € 260.000,--. Die Fördersumme beträgt ca. 80 %. Nach Rücksprache mit den zuständigen Behörden wie Wasserrechtsbehörde, Naturschutzbehörde und „Biologische Station“ sollen auf einer weiteren Fläche von etwa 2 ha ein Hafenbecken und auch entsprechende Gebäude für Versorgung, Verwaltung, aber auch Informationsgebäude für den Nationalpark geschaffen werden. Dieses Informationsgebäude soll zugleich den Eintritt in den Nationalpark Neusiedlersee symbolisieren. Auch mit den Grundstückseigentümern wurden bisher sehr positive Gespräche geführt.

## **Punkt 17)**

### **Straßenabtretungsurkunde - Kaserngasse - Weiherlaufsiedlung**

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass es sich bei der zu genehmigenden Straßenabtretungsurkunde rein um Flächen rund um das Kasernenareal handelt, welche zur Errichtung bzw. Verbreiterung bestehender Straßen von Herrn Ehrenguber und den drei betroffenen Siedlungsgenossenschaften MIGRA, ARWAG und Neue Eisenstädter im Zuge der Parzellierung des ehemaligen Kasernenplatzes kostenlos und unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten sind. Bürgermeister Lentsch zeigt den gegenständlichen Teilungsplan und die Straßenabtretungsurkunde und stellt gleichzeitig den Antrag auf Genehmigung durch den Gemeinderat und Übernahme ins öffentliche Gut. Sein Antrag wird durch einstimmigen Beschluss angenommen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Kast, Feigl, Peck, Hess, Halbritter, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach und Gottfried Haider.

## **Punkt 15)**

### **Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Lentsch berichtet zunächst über die Klimaschutz- und Umwelttage in unserer Gemeinde. Es waren einigen sehr interessante Veranstaltungen. Morgen wird der Tag des „umweltfreundlichen Verkehrs“ sein, an welchem alle Neusiedler die Möglichkeit haben, den Stadtbus kostenlos zu benützen. Am Vormittag ladet er alle Mitglieder des Gemeinderates zum Bauernmarkt vor dem Rathaus um 10.00 Uhr ein. Am Samstag wird die Flurreinigung mit Treffpunkt um 08.00 Uhr beim Wirtschaftshof

stattfinden, während um 14.00 Uhr die Spatenstichfeier für das wichtige Hochwasserschutzprojekt unmittelbar bei der Baustelle Richtung Teichbach abgehalten wird. Am Sonntag wird ein sehr interessanter Film von Nobelpreisträger Al Gore zum Klimaschutz im Weinwerk präsentiert und eine entsprechende Fachdiskussion mit Professor Dr. Kwarda Kvarda geboten.

## **Punkt 16)**

### **Allfälliges**

Stadträtin Steindl stellt eine Anfrage, ob es nicht möglich sei, die Behandlung der Angelegenheit wegen des Dienstfahrzeuges von Ing. Rapp im Öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Dieses Ansinnen wird vom Bürgermeister abgelehnt.

GR Dorfner regt an, sich am Projekt wegen der Energieverbrauchsmessung zu beteiligen. Stadtrat Kast erklärt dazu, dass es dafür eine kostenlose Beratung für die Gemeinde gibt, noch dazu wo, da wir erst vor kurzem den Energiesparwettbewerb gewonnen haben und im Preis eine Energieplanung seitens der Firma BEWAG enthalten ist. Über diese Angelegenheit soll noch gesondert diskutiert werden. Eine weitere Frage von GR Dorfner richtet sich im Hinblick auf die so genannte „Grüne Spange“ auf das Faktum der jetzt angeblichen intensiveren Baumschlägerungen im Gemeindegebiet. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass es zu keinen wilden Baumschlägerungen kommt, sondern durch die Sanierung des Radweges vom Bundesschulzentrum bis zum Bauhof kommt und dieser Weg zu einem Großteil auf Bahngrund geführt wird. Zahlreiche dieser Bäume wurden untersucht und es musste festgestellt werden, dass diese krank und damit bruchgefährlich waren. Es wird aber zu Neuauspflanzung kommen. Auch im Bereich der Josef Haydngasse mussten Bäume umgeschnitten werden, da dies auf Grund von Verkabelungsarbeiten erforderlich war.

GR Fischbach fragt an, wie sich die Situation mit dem Stadtbus „ne'mone'mo“ verhält. Dazu erklärt GR Halbritter, dass die ohnehin bereits bekannten Probleme, wie den Wunsch nach einer Verkürzung der Route, Behebung der zu langen Wartezeiten, das Weglassen der Schleife zum See während der Wintermonate und die Anregung, anstatt zu lange beim Bahnhof zu stehen, vorher den Bereich Prädium zu befahren, in der Umfrage angesprochen wurden.

Eine Anregung von GR Fischbach bezüglich einer einheitlichen Regelung bei den Protokollen wird vom Bürgermeister angenommen. GR Dorfner weist auf die in der Sitzung des Gemeinderates im November angesprochenen Maßnahmen betreffend der Beheizung in der Volksschule Am Tabor hin und möchte wissen, wie es in dieser Angelegenheit weiter geht. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass der Vertrag ausgelaufen sei und man nach alternativen Möglichkeiten zur Energieversorgung für Volksschule und Kindergarten sucht. Auch GR Panner regt eine Neuerung für den Kindergarten Am Tabor an, nämlich eventuell eine Klimaanlage einzubauen.

GR Gottfried Haider fragt an, warum die Straßenbeleuchtung im Bereich Reitschachersiedlung nicht durchgehend bis zur Bäckerei Nagltreiter geführt ist. Dazu erklärt auf Bitte von Bürgermeister Lentsch GR Halbritter, dass die Umsetzung des Projektes noch nicht durchgehend möglich war, da es Probleme mit einigen Anrainern wegen der Abtretung gibt.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung um 21.35 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer